

## Die 1. Mai - Rede der Generalsekretärin Natascha Wey in Schaffhausen

«Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste der 1. Mai-Feier hier in Schaffhausen,

Es gibt ja diese Karikatur in Sachen Gleichstellung, die ich sehr mag: Eine 100-Meter-Rennbahn, am Start ein Mann und eine Frau. Die Bahn des Mannes ist frei, er kann im Prinzip einfach losrennen, nach 100 Metern wäre er am Ziel. Die Bahn der Frau ist nicht leer, sondern vollgestellt mit Hürden. Dort stehen Haushaltsgeräte, Bügelbretter, Wäscheleinen. Erst wenn die Frau alle diese Hindernisse übersprungen hat, so kommt sie ins Ziel. Man muss nicht viel von Sport verstehen um zu begreifen: Vermutlich wird sie die weniger schnelle Zeit rennen. Und vermutlich wird sie im Ziel erschöpfter sein.

Diese Karikatur symbolisiert für mich den Umgang der liberalen Schweiz mit Gleichstellung und Chancengleichheit. Natürlich, in der Vergangenheit wurde viel erreicht: Es gibt Gleichstellungsgesetze, es gibt weitgehend rechtliche Gleichheit, es gibt heute Frauen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen oder in politischen Ämtern tätig sind. Und trotzdem sagt die liberale Schweiz den Frauen – um beim Bild der Karikatur zu bleiben: «Guckt mal, Fortschritt, ihr dürft jetzt auch mitrennen. Einfach eure Bahn konnten wir leider noch nicht räumen. Wenn ihr gleichzeitig mit den Männern ins Ziel kommen wollt, dann müsst ihr halt etwas schneller rennen und etwas höher springen. Aber das ist jetzt wirklich weitgehend euer Problem.»

Das Motto des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zum ersten Mai lautet: «Mehr Lohn, mehr Rente, Gleichstellung jetzt.»

Und diese Gleichstellung, liebe Kolleg:innen, die ist nötiger denn je! Deswegen planen wir am 14. Juni 2023 einen weiteren, grossen Frauenstreik! Klar, Frauen sind heute ökonomisch unabhängiger als vor 30 Jahren. Die gesellschaftliche Entwicklung verlief jedoch nicht parallel zur Integration der Frauen in den Erwerbsmarkt. Das grosse Problem der Frauen lautet heute: Doppel- und Dreifachbelastung. Noch immer weniger Geld. Und vor allem: noch viel weniger Zeit.

Der Grund ist simpel: Rund 70% der Frauen haben Kinder und der Nachwuchs will betreut werden. Nach wie vor übernehmen diese Betreuungsarbeiten hauptsächlich Frauen. Rund 80 Prozent der Männer arbeiten jedoch noch immer Vollzeit, im Vergleich dazu 59 % der Frauen Teilzeit, zu niedrigen Löhnen und mit fatalen Folgen für die Höhe der späteren Altersrente. Frauenrenten sind heute etwa 40% tiefer als Männerrenten. Die Antwort der Politik darauf im letzten Jahr: Erhöhung des Frauenrentenalters von 64 auf 65 Jahre!

Kolleg:innen: Ein Lohn für eine Familie reicht heute kaum mehr zum Leben. Was also einst von der Frauen- und der Arbeiterbewegung erkämpft wurde: das Recht der Frauen auf ausserhäusliche Erwerbsarbeit ist heute nicht mehr nur ein Freiheitsrecht, sondern oft auch eine Notwendigkeit.

Ich möchte ich nicht falsch verstanden werden. Dass Frauen heute erwerbstätig sind, dass sie die Möglichkeit auf ökonomische Unabhängigkeit haben, ist historisch gesehen ein Erfolg. Es ist unser Erfolg, es ist ein linker Erfolg. Erst 1988 trat hier in der Schweiz das revidierte Ehe- und Ehegüterrecht in Kraft, das es Frauen ermöglichte, ohne Einwilligung des Ehemannes einer ausserhäuslichen Erwerbsarbeit nachzugehen. Bekämpft hat es damals Christoph Blocher.

Ich will die Vergangenheit nicht romantisieren, ausserhäusliche Arbeit bedeutet auch Teilhabe an der Gesellschaft, gerade für Frauen. Und das in einer anderen Form als der Kernfamilie. Ich selber kann mich erinnern an die Erzählungen meiner Mutter über meine beiden Grossmütter, die darunter gelitten haben, Hausfrauen zu sein und einer patriarchalen Männerwelt zuzudienen. Das damals vor allem in der Werbung zementierte Bild der glücklichen Hausfrau war in Realität oft brutal: es bedeutete, in unglücklichen Beziehungen zu bleiben, es bedeutete, unfrei zu sein in den eigenen Entscheidungen und es hat vielen Frauen auf ihre psychische Gesundheit geschlagen.

Ich will also keinesfalls dahin zurück. Und trotzdem – die Tatsache, dass viele Frauen heute am Limit laufen, hängt damit zusammen, dass wir bei der gerechten Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit in den letzten 30 Jahren nicht wirklich weitergekommen sind. Das Erwerbseinkommen von Frauen ist um 108 Milliarden tiefer als das von Männern. Und die unbezahlte Arbeit, leisten Frauen trotzdem zu Dreivierteln.

Darum braucht es am 14. Juni diesen feministischen Streik. Wir Frauen haben es satt, mit Männern auf der 100 Meter-Bahn anzutreten, und halt noch einige Hürden mehr zu überspringen, um dann mit einem Burn-Out ins Ziel zu kommen.

Die Frage bleibt: Was muss sich verändern? Es braucht Veränderungen an drei Fronten: beim Geld. Bei der Zeit. Und bei den Rollenbildern, also dem Respekt gegenüber Frauen. Und soviel vorweg: alle drei hängen zusammen.

Die erste Front, das Geld ist die Einfachste: Lohngleichheit, höhere Löhne für Berufe, in denen mehrheitlich Frauen arbeiten und bessere Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – das sind langjährige gewerkschaftliche Forderungen. Und trotzdem müssen sie jetzt mit einer neuen Offensive gefordert werden. Dazu brauchen wir die Mithilfe der Männer in den Gewerkschaften – damit diese Themen im Fokus bleiben. Frauenbranchen sind Wachstumsbranchen. Es sind oft Branchen des Service Public, wie der Gesundheitsbereich, die Bildung, die Kinderbetreuung oder der Sozialbereich.

Frauenbranchen brauchen eine viel bessere GAV-Abdeckung und gute Mindestlöhne. Nehmen wir den Kinderbetreuungsbereich: Der Einstiegslohn einer Fachperson Betreuung beläuft sich auf rund 4000 Franken, derjenige einer diplomierten Kindererzieherin auf 5400 Franken. Lohnentwicklung in diesem Bereich ist illusorisch. Der einzige Grund, wieso diese Arbeit so schlecht bezahlt wird, ist schlicht: weil sie von Frauen geleistet wird.

Wir müssen also für höhere Löhne in den sogenannten Frauenbranchen kämpfen! Widerstand kündigt sich bereits jetzt an, die Forderungen des Arbeitgeberverbandes von letzter Woche sind einfach nur frech: mehr arbeiten und Rentenalter erhöhen, um den «Fachkräftemangel» zu entschärfen. Ich möchte es Herrn Vogt klar sagen: hohe Fluktuation und wenig Personal im Gesundheits- und Betreuungsbereich ist nicht «Fachkräftemangel», dieses Wort ist eine Erfindung der Arbeitgeber. Der Grund für das fehlende Personal sind schlechte Arbeitsbedingungen und tiefe Löhne! Und dass es klar ist: heute wird nicht weniger, sondern mehr gearbeitet als vor 50 Jahren!

Für uns Gewerkschafterinnen ist im Vorfeld des feministischen Streiks 2023 klar: höhere Löhne und bessere Vereinbarkeit wird es nicht ohne eine Verschärfung der Auseinandersetzungen geben. Wie Simone de Beauvoir einst sagte: Frauen, die nichts fordern werden beim Wort genommen – sie bekommen nichts.

Der Feministische Streik ist für uns daher Anlass, in den Betrieben verstärkt zu mobilisieren. Männerbranchen wie beispielsweise der Bau haben Rentenalter 60 durchgesetzt. Der VPOD fordert Rentenalter 60 beispielsweise auch in der Pflege oder in der Kinderbetreuung. Dafür ist jedoch eine deutliche Erhöhung des Organisationsgrades notwendig. Arbeitsbedingungen verbessern sich, wenn Gewerkschaften stark sind, wenn kollektiv mobilisiert wird und wenn die Belegschaft streikfähig ist. Es braucht eine bessere GAV-Abdeckung in der Kinderbetreuung, in der Pflege und im Sozialbereich und massive Lohnerhöhungen. Die Situation in diesen Branchen ist so nicht mehr hinnehmbar. Wir Gewerkschaften haben daher den strategischen Entscheid getroffen: wir wollen diesen Streik so gross machen wie möglich, aber auch und vor allem dazu nutzen, noch stärker zu werden in den Branchen, wo Frauen die Mehrheit stellen. Wir fordern höhere Löhne für ein anständiges Leben und rufen die Frauen und solidarischen Personen auf, sich für den 14. Juni 2023 in den Gewerkschaften zu organisieren.

Doch die Forderungen für Gleichstellung sind umfassender. Gehen wir zurück zum Eingangsbeispiel mit der Fachfrau Betreuung und ihrem Einstiegslohn von CHF 4000.- Franken. Sie bekommt nun selber ein Kind. Dann sind wir beim zweiten Problem, dem Problem mit der Zeit. Jemand muss nämlich auf dieses Kind schauen. Ihr Partner, nehmen wir mal an, er ist der Treuhänder von vorher, verdient 6500 Franken. Die ökonomische Entscheidung ist klar: sie wird ihr Pensum reduzieren, denn er verdient schliesslich mehr. Er arbeitet zudem in einem KMU und sein Chef findet, Teilzeitarbeit sei für Weicheier aber sich nicht für Männer und wie wir in den letzten Wochen gelesen haben, auch nicht für die FDPler. (Nebenbemerkung, es ist zwar die etwa einzige Massnahme der FDP zur Förderung der Vereinbarkeit der FDP in ihrem Parteiprogramm, die «Förderung der Teilzeitarbeit mit flexiblen Arbeitsmodellen», aber real finden sie es dann doch nicht gut). Zurück also zu unserem Paar: das entscheidet sich dann, dass die Frau noch 60 Prozent arbeitet, dann hat sie etwa einen Monatslohn von CHF 2400 Franken.

Ihr Zeitproblem in den drei Tagen, in denen sie arbeitet, ist jedoch nicht gelöst und die Kosten für die Kinderkrippe fressen grad nochmals einen Teil des gemeinsamen Einkommens weg. Kriegt das Paar ein zweites Kind, lohnt sich die Erwerbsarbeit der Frauen oft nicht mehr. Ob es überhaupt eine Kinderkrippe gibt, an dem Ort, an dem sie wohnen oder arbeiten, ist in der Schweiz – wie immer – von Kanton zu Kanton verschieden. Im Kanton Genf etwa beträgt der Kita-Versorgungsgrad 29 Prozent, im Kanton Appenzell Innerrhoden drei Prozent.

Deswegen ist eine zentrale Forderung, um das Zeitproblem der Frauen zu entschärfen: Einen Anspruch, auf einen qualitativ guten, unentgeltlichen Krippenplatz. Die SP -Initiative für eine «gute und bezahlbare Kinderbetreuung» ist da ein erster Schritt! Es braucht eine griffige Krippenfinanzierung, damit die Betreuungsqualität sichergestellt und die Arbeitsbedingungen und Löhne für das Personal gut sind.

Nehmen wir jetzt weiter an, die ersten beiden Forderungen sind erfüllt. Typische Frauenberufe erhalten höhere Löhne und Kinderbetreuung ist gratis – dann sind Frauen, im Falle einer Trennung im Alter schon einiges besser gestellt. Das Zeitproblem der Frauen ist schon viel besser, aber dennoch nicht ganz gelöst. Denn es ist auch verknüpft mit dem dritten und letzten Punkt, den ich erwähnt habe: den Rollenbildern. Auch da braucht es einen Effort. Und– auch wenn dafür nachher Schimpfkriege – auch innerhalb der Linken. Es spielt eben auch eine Rolle, wer von beiden daran denkt, den Zahnarzttermin für das Kind abzumachen. Den Kuchen für den Geburtstag der Schulkollegen zu backen. Und am Abend vor dem Fernseher noch die Socken zusammensucht. Das sind alles Arbeiten, die nicht so sexy sind. Und die halt einfach gemacht werden müssen. Oft werden sie von Frauen gemacht. Und oft ist es diese zusätzliche Belastung, die Frauen dann davon abhält, auch noch politisch tätig zu sein. Oder ein anderes Hobby zu haben. Oder Freundschaften zu pflegen. Oder sich in Gewerkschaften zu organisieren.

Damit wir weiterkommen brauchen wir eben auch linke und politische Männer, die nicht hinnehmen, dass der Arbeitgeber eine Reduktion des Pensums ablehnt. Die mit einer ähnlichen Vehemenz dafür kämpfen, wie die Frauen sich das Stimmrecht erkämpfen mussten. Die sich aktiv um die unbezahlte Arbeit kümmern und damit meine ich mehr Einsatz, als einmal im Monat zu staubsaugen, die Kinder zur Grossmutter und die Hemden selber in die Reinigung zu bringen. Denn ich bin überzeugt: erst wenn Männer selber erleben, was es bedeutet, die 100 Meter-Bahn mit den gleichen Hürden zu überspringen, werden wir als Gesellschaft gemeinsam so weit kommen, die Hürden so gut es geht auf die Seite zu stellen. Das ist schliesslich im Interesse von uns allen.

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeiter:innen. Seit über hundert Jahren macht die Gewerkschaftsbewegung an diesem Tag auf ihren Kampf aufmerksam. Das lassen wir uns trotz Regen auch heute nicht nehmen. Die Mitarbeitenden im Service Public, im Gesundheitswesen, in der Altenbetreuung, im Elektrizitätswerk, in der Reinigung, am Steuer des Lastwagens, im Verkauf, im Schulzimmer und in den Kitas, sie haben die Gesellschaft durch die vergangenen Krisen getragen. Es ist Zeit, auf ihre Forderungen nach höheren Löhnen, besseren Renten und echter Gleichstellung einzutreten! Es ist Zeit für eine soziale Wende!

Ich wünsche euch einen kämpferischen und solidarischen 1. Mai.

Es gilt das gesprochene Wort